

## SHORT NEWS

## 100,7 reloading

Enfin, le site de la seule radio publique du grand-duché reçoit un nouveau look. Mais ce n'est pas seulement l'interface graphique de [www.100komma7.lu](http://www.100komma7.lu) qui a changée, le site se veut aussi près de la tendance en annonçant être prêt pour les techniques du web 2.0. Pourtant, loin d'ouvrir une plateforme sur facebook ou myspace, le site proposera le téléchargement de toutes ses émissions dans la section archives. Un bonheur pour tous les podcasteurs du monde qui pourront écouter leurs émissions préférées sur leur portable. Sinon, on cherchera en vain de vraies nouveautés si ce ne sont pas des détails sur les serveurs sur lesquels sont stockés le site et les archives. 100,7 ne lance donc pas un journal en ligne qui diffuserait plus d'informations que ne le fait la radio, mais offre des services complémentaires pour les auditeurs intéressés, et surtout dans les trois langues officielles - sauf pour le programme journalier - ce qui démontre qu'ils sont un vrai service public. Un dernier « avantage » de ce relooking est que le site est loin d'être complet, mais que ses créateurs ont volontairement opté pour une approche work in progress. Un peu comme la radio en somme.

## Rückgang der Asylanträge

Seit Antritt der aktuellen schwarz-roten Regierung konnte ein kontinuierlicher Rückgang der jährlich gestellten Asylanträge festgestellt werden. Der delegierte Minister für Migrationsfragen, Nicolas Schmit, führt dies vor allem auf die etwas entspanntere Lage im Balkan und die Austrocknung krimineller Schleuserringe insbesondere aus den afrikanischen Ländern zurück. Dennoch sei die für 2008 festgestellte Zahl von 463 Asylanträgen (zum Vergleich: 2004 waren es noch 1.577 Anträge) eine recht hohe Zahl für ein Land mit der Einwohnerzahl Luxemburgs. 3.890 Menschen stellten von Januar 2004 bis März 2009 einen Antrag auf Asyl. Eine Anerkennung gab es in 517 Fällen, was eine Quote von 13,3 Prozent ausmacht. Doch will Schmit diese Zahl relativiert sehen: Auch wenn die allermeisten Anträge abgelehnt wurden, so seien 1.051 Personen auch weiterhin „toleriert“ und 909 sei sogar ein humanitäres Statut zuerkannt worden. Um das Grundrecht auf Asyl auf Dauer aufrechterhalten zu können, müsse es eben auch zu Rückführungen kommen. Ziel der Luxemburger Politik sei es, diese Rückführungen auf freiwilliger Basis durchführen zu können - das sei in 129 von 233 Fällen erreicht worden. Aber nicht alle Länder seien bereit ihre eigenen Leute zurückzunehmen. Als positives Beispiel wird Nigeria genannt, mit dem ein Kooperationsabkommen vereinbart wurde. Erstaunlich nur, dass von den 25 Personen, die in dieses Land zurückgeführt wurden, es lediglich drei gab, die dies freiwillig taten.

## Wenn der Klavierschemel leer bleibt

Am 29. April sollte der bekannte russische Pianist Grigory Sokolov im Royal Festival Hall in London auftreten. Doch er hat beschlossen, zu Hause in Verona zu bleiben. Schuld daran sind die strengen britischen Visavorschriften für Nicht-EU-AusländerInnen. Er hätte vor der Reise nach London auch noch in der britischen Botschaft in Rom persönlich vorsprechen müssen, damit die Beamten Ihrer Majestät, wie es das Gesetz vorschreibt, seine Fingerabdrücke aufzeichnen können. Der Telegraph zitiert einen Sprecher der „Border Agency“: „Fingerabdrücke sind integraler Teil unserer Politik der Aufrechterhaltung einer starken Grenze.“ Anders als sein Kollege Krystian Zimerman, der wegen des Irakkrieges nicht mehr in den USA auftreten will, gibt Sokolov keine politische Begründung für seine Entscheidung. Allerdings kann man sich vorstellen, dass die Politik der Überwachung und der starken Grenzen unangenehme Erinnerungen an sein Leben in der Sowjetunion wachruft. In gewisser Weise ist die Figur des Künstlers eine Art Echolot, die als erste auf die Verwerfungen der westlichen Gesellschaften reagieren. Hoffen wir, dass Luc Frieden nicht auf die britische Linie einschwenkt und Sokolov dem Philharmonie-Publikum auch künftig noch so wunderbare Auftritte beschenken kann wie im November 2008.

## AKTUELL

## STROMLIBERALISIERUNG

## Wie lange noch?

Raymond Klein

**Trotz der von liberaler Ideologie verschuldeten Krise wird auf EU-Ebene fröhlich weiterliberalisiert. Bei den Verhandlungen zum dritten Energiepaket haben die Konzerne ihre Interessen weitgehend durchsetzen können.**

Abkehr von der Marktgläubigkeit, Anerkennung der Rolle des Staates, dieses Mantra war nicht nur bei der Debatte zur Lage der Nation in der Chamber dauernd zu hören, es wird auch von PolitikerInnen und Medienschaffenden weltweit vor- und nachgebetet. Doch wo findet diese Abkehr wirklich statt? Nicht in den EU-Institutionen, so viel ist sicher. So verabschiedete am vergangenen Mittwoch das Europaparlament einen mit Kommission und Ministerrat ausgehandelten Kompromiss zum dritten Paket zur Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte.

Zweifelsohne könnte man argumentieren, bei diesem Paket handle es sich weniger um eine Liberalisierung als um eine notwendige Reregulierung der Märkte. Doch auch eine Reregulierung steht für Kontinuität in Sachen Marktideologie statt für eine Rückbesinnung auf Konzepte wie öffentliche Dienstleistungen. Und: Unter dem Druck, das Paket vor Ende der Legislaturperiode abzuschließen, scheint das Europaparlament letztendlich in eine bestenfalls halbherzige Reregulierung eingewilligt zu haben.

Wie der Online-Newsdienst Euractiv erläutert, war einer der wichtigsten Streitpunkte das „Unbundling“ (Entflechtung), also das Verbot für einen Konzern, gleichzeitig Strom zu verkaufen und ein Stromnetz zu betreiben. Letzteres ermöglicht ihm in der Regel nämlich, sich unliebsame Konkurrenten im eigenen Netz vom Hals zu halten, ein Verhalten, dem das Parlament Einhalt gebieten wollte. Im Kompromisstext ist nun neben dem vollen Unbundling auch vorgesehen, dass ein Konzern das Netzmanagement an einen „unabhängigen Systembetreiber“ delegiert. Außerdem gibt es die von Frankreich und Deutschland gepushte „dritte Option“: Der Konzern muss gar nicht entflechten, und dafür seinen Netzbetrieb der Kontrolle durch externe Aufsichtsbehörden unterwerfen. Letztere Möglichkeit dürfte unter anderem der große französische Konzern EDF in

Anspruch nehmen, der während der Verhandlungen entsprechend Druck gemacht hat - Liberalisierungspakete sind in Brüssel nach wie vor Gesetze von Konzernen für Konzerne.

Versüßt wurde die bittere Pille dem Parlament zum einen mit einer Stärkung der Rechte der KonsumentInnen. Diese können schneller und einfacher den Energielieferanten wechseln. Ob das eher den Ökostrom-Produzenten oder eher den Billigstrom-Anbietern, also den klimafeindlichen Großkonzernen zugute kommt, wird sich zeigen müssen. Die Europäische Volkspartei, die das Paket unterstützt hat, verspricht den KonsumentInnen gar ein weiteres Mal billigere Energiepreise - wer will solchen Versprechen noch glauben?

Entscheidend für die Unterstützung durch die Partei der Europäischen Sozialisten war die Einbeziehung von Maßnahmen gegen Energiearmut - die Mitgliedsländer müssen einspringen, wenn Konzerne zahlungsunfähige KundInnen vom Netz abtrennen wollen. In gewisser Weise löst hier das dritte Paket ein Problem, das es ohne die ersten beiden gar nicht geben müsste.

Vor allem aber muss man sich angesichts dieses Aufwandes fragen, was die Zerschlagung der Energieversorgung als öffentliche Aufgabe eigentlich sollte. Insbesondere die komplizierte Unbundling-Regelung macht eine Kontroll-Bürokratie notwendig, die vermutlich dennoch nicht gegen die erdrückende Marktpower der großen Konzerne ankommen wird. Richtig ist allerdings, dass die LiberalisierungskritikerInnen viel mehr Zeit für die Verteidigung der alten staatlichen Strukturen aufgewendet haben als für die Erarbeitung der Grundlagen eines öffentlichen Dienstes im 21. Jahrhundert. Die Grünen ihrerseits haben diesen Kompromiss abgelehnt, weil ihnen die Unbundling-Regelung völlig unzureichend erscheint. Dennoch hoffen sie weiterhin darauf, dass, im Rahmen eines endlich funktionierenden Marktes - nach einem künftigen vierten Liberalisierungspaket - erneuerbare Energien endlich den Durchbruch schaffen. Für eine Abkehr von der Marktgläubigkeit auf EU-Ebene fehlt es allerseits einfach an Einsicht und am Nachdenken über Alternativen.